

Albrecht Broemme
Vorstandsvorsitzender des Zukunftsforums öffentliche Sicherheit (ZOES)
Ehrenpräsident des Technischen Hilfswerks (THW)

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages am 13. Januar 2010

Der Katastrophenschutz in Deutschland

Der Katastrophenschutz in Deutschland hat als Basis ein hohes ehrenamtliches Engagement von rund 1,6 Millionen Freiwilligen. Die Ausstattung mit Fahrzeugen und Gerät wurde in den letzten Jahren spürbar verbessert. In Großstädten und in ländlichen Gebieten wurden viele Baracken durch Neubauten ersetzt. Bund und Länder finanzieren diverse Kampagnen zur Mitgliederwerbung.

Der Katastrophenschutz hat viele Bewährungsproben gemeistert. Beispiele aus dem Jahr 2016 sind die Unwetterschäden im Landkreis Rottal-Inn (Bayern), das Eisenbahnunglück in Bad Aibling (Bayern) und der Terroranschlag auf dem Berliner Breitscheidplatz. Diese Ereignisse hatten als Ursache Naturgefahren, menschliches Versagen oder Terrorismus. Sie forderten Menschenleben und verursachten Schäden in Milliardenhöhe. Allerdings handelte es sich um lokale oder regionale Einsätze, die innerhalb weniger Wochen, Tage oder Stunden abgeschlossen waren. Zum Einsatz kamen jeweils die erforderlichen Einsatzkräfte aus dem Einsatzgebiet.

Die Vegetationsbrände im Jahr 2019 in Lübtheen (Mecklenburg-Vorpommern) und in der Lieberoser Heide (Brandenburg) zeigten allerdings, dass lokale Ressourcen bei mehrwöchigen Einsatzlagen überfordert sind. Die abgebrannten Flächen betragen „nur“ einige Hundert Hektar. In Russland, Kanada, Südamerika, Südostasien und Australien verbrannten Gebiete mit Millionenfach größerer Ausdehnung.

Bei der Bewertung des Katastrophenschutzes wird regelmäßig von „Bund und Ländern“ gesprochen, obwohl die Hauptlast der

Planung und der Durchführung bei den Gemeinden und bei den Kreisen liegt. Diesem Umstand müsste auch bei Risikoanalysen und bei der Betrachtung des Standes von Umsetzungen Rechnung getragen werden.

Der Katastrophenschutz im Europäischen Kontext

Die gegenseitige Hilfe unter den europäischen Mitgliedstaaten sowie international zur Bewältigung von Katastrophen ist seitens der EU-Kommission ECHO seit mehreren Jahren gut organisiert. Das 2019 in Kraft getretene RescEU-Verfahren erweitert die Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf präventive Maßnahmen und auf die Vorsorge. Gegen zunächst erhebliche Bedenken aus Deutschland kann die EU Katastrophenschutz-Einheiten beim Aufbau kofinanzieren, sofern diese auch auf Anforderung der EU Einsätze durchführen. Ein Beispiel sind Flugzeuge zur Bekämpfung von Vegetationsbränden, die von den Ländern unter Verweis auf Polizeihubschrauber bisher strikt abgelehnt wurden.

Der Europäische Katastrophenschutz ist also ein gutes Beispiel für die sinnvolle Zusammenarbeit auf europäischer Ebene.

Bisher wurden aus Deutschland überwiegend THW-Einheiten in Brüssel angemeldet. Hier bestehen seitens der Feuerwehren und der Hilfsorganisationen noch Handlungsmöglichkeiten.

Ist der Katastrophenschutz fit für die Zukunft?

Die Daseinsvorsorge ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Dies betrifft vor allem den Brandschutz, das Sanitätswesen und den Betreuungsdienst. U.a. empfiehlt die NATO, Betreuungsplätze für 2% der Bevölkerung vorzuhalten, was in Deutschland 1,6 Millionen Menschen sind.

Die Daseinsvorsorge muss durch eine verbesserte Resilienz der Bevölkerung, der Wirtschaft und insbesondere der kritischen Infrastrukturen ergänzt werden. Hierzu sollte Bund sollte seine Verantwortung noch intensiver ausüben und insbesondere eine stärkere koordinierende Funktion länderübergreifend übernehmen können.

Für die bisher bekannten Szenarien ist der Katastrophenschutz mit der derzeitigen Personalstärke an Haupt- und Ehrenamtli-

chen auskömmlich aufgestellt. Deutschland ist in diesem Bereich ein international anerkanntes Vorbild. Allerdings zeichnet sich ab, dass schwierigere und neue Gefahrenlagen zukünftig mit weniger Ehrenamtlichen bewältigt werden müssen. Eine Chance für den Katastrophenschutz ist, dass die Hilfsbereitschaft in Deutschland prinzipiell steigt – nur die langjährige Bindung als Ehrenamtlicher schwindet. Hier müssen neue „Geschäftsmodelle“ entwickelt werden.

Zu erwartende Herausforderungen sind:

- a) Mehr und weitaus umfangreichere Einsätze infolge des Klimawandels und Unwettern
- b) Eskalierende, ansteckende Infektionen mit mehreren 100.000 Erkrankten
- c) Massive Eingriffe bis zum Zusammenbruch des öffentlichen Lebens durch Störungen im Cyberraum.
Hiervon ist auch der Katastrophenschutz selber betroffen, sofern nicht weitergehende Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz finanziert und organisiert werden.
- d) Massive Schäden infolge asymmetrischer oder symmetrischer Anschläge

Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert mittel- und langfristige, strategische Planungen. Die interdisziplinäre, zivile Sicherheitsforschung wird hierzu wichtige Beiträge liefern können.

Herausforderungen für die Politik

Der Katastrophenschutz wird im Allgemeinen stiefmütterlich behandelt – solange keine relevanten Vorkommnisse passiert sind. Es ist erforderlich, dass sich die Kommunal-, die Kreis-, die Landes- und die Bundespolitik regelmäßig mit diesem Thema beschäftigt.

Der Katastrophenschutz ist eine anspruchsvolle Querschnittsaufgabe der Gesellschaft, der Wirtschaft sowie der Wissenschaft und Forschung. Die anstehenden Aufgabenstellungen lassen sich daher nur mit einer verbesserten horizontalen und vertikalen Vernetzung lösen. Dies sollte von der Politik noch besser ermöglicht und eingefordert werden.